

Eine Idee wird Schule machen

Schon 40 Gemeinden interessieren sich für das Villmerger Modell «Ortsbürgerstiftung»

Die Idee gedeiht prächtig. Seit Gemeindeammann Paul Meyer vorgeschlagen hat, die Ortsbürgergemeinde in eine Stiftung zu überführen, sind bei ihm rund 40 Anfragen von anderen Gemeinden eingegangen. Das Villmerger Modell dürfte Schule machen.

Leo Ferraro

Immer weniger Ortsbürger entscheiden über wichtige Geschäfte. Und nicht nur in Villmergen, wo die Ortsbürger im Besitz des Industrielandes sind, verfügen die «Ureinwohner» über beträchtliche Vermögen. Der Druck auf diese Vermögen wird in Zukunft steigen. Grund: Der Kanton delegiert immer neue Aufgaben an die Gemeinden, was früher oder später zu einer Diskussion um den Steuerfuss führen wird. Spätestens dann steht auch das Ortsbürgervermögen zur Debatte. Um diesem Szenario vorzubeugen und gleichzeitig das traditionelle Ortsbürgerwesen im Kern zu erhalten, hat Paul Meyer die Idee entwickelt, die ehemalige Ortsbürgergemeinde in eine Ortsbürgerstiftung zu überführen.

Rechtliche Abklärungen sollten bis im März abgeschlossen sein

Und die Idee ist bestechend. 40 Gemeinden aus dem Aargau und den umliegenden Kantonen haben sich bei Meyer nach dem Vorgehen erkundigt. Eine Anfrage kam gar aus dem Kanton Glarus. «Vorläufig musste ich die Anfrager auf den Projektbeschrieb auf unserer Homepage verweisen. Zur Zeit laufen verschiedene rechtliche Abklärungen, die bis Ende März abgeschlossen sein sollten. Dann können wir Konkreteres sagen». Grundsätzlich sei aber seine Idee auch vom Vorstand der aargauischen Ortsbürgergemeinden positiv aufgenommen worden, erklärt Paul Meyer.



Villmergen als Trendsetter: Die halbe Schweiz interessiert sich für die Idee einer Ortsbürgerstiftung.

Bild: Leo Ferraro

Und so funktioniert Meyers Idee: Zuerst wird eine unabhängige Stiftung mit einer Stiftungsversammlung (den ehemaligen Ortsbürgern) als oberstem Organ und einem Stiftungsvermögen von «einigen Millionen Franken» gegründet. Zweck der neuen Stiftung ist das kulturelle und soziale Engagement in der Gemeinde, wovon wiederum alle Einwohner profitieren könnten. Die verbleibenden Aktiven und Passiven sowie der defizitäre Forstbetrieb würden mit der Einwohnergemeinde fusioniert und die ehemalige Ortsbürgergemeinde aufgelöst.

Arbeitsgruppe eingesetzt

Die Idee ist zwar völlig neu, aber der Kanton sei dem Projekt gegenüber grundsätzlich positiv gesinnt, erklärt

Meyer. Am 7. Dezember habe sich Regierungsrat Kurt Wernli anlässlich eines Besuches der Villmerger in Aarau entsprechend geäussert. Vorbehaltete meldete der Kanton einzig bezüglich rechtlicher Abklärungen an, die noch anstehen. Wie wird die neue Stiftung steuerlich behandelt? – Wie kann das öffentliche Ortsbürgervermögen in privatrechtliches Stiftungsvermögen überführt werden? – Wie muss diese Stiftung beaufsichtigt werden? – Was geschieht mit den ehemaligen Ortsbürgerrechten?

Das sind alles Fragen, die bis Ende März geklärt sein sollten. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde Villmergen eine zehnköpfige Arbeitsgruppe unter dem Präsidium von Willi Brunner eingesetzt. Am 6. Januar wird die Gruppe ein erstes Mal tagen. Als juristischer

Berater wurde der Badener Anwalt Dr. Michael Merker, ein Spezialist für öffentliches Recht engagiert.

Keine grundsätzlichen Hindernisse

Auch die Gemeindeabteilung des Departementes des Innern in Aarau sieht, vorbehaltlich der rechtlichen Detailabklärungen, keine grundsätzlichen Hindernisse, dass Meyers Idee in die Tat umgesetzt werden kann. Denn die beiden Kerngeschäfte, nämlich die Gründung einer Stiftung sowie die Fusion von Einwohner- und Ortsbürgergemeinde liegen einzig und allein in der Kompetenz der jeweiligen Körperschaft. Für einmal hat hier der Kanton nichts dreinzureden.